Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 38 (1946)

Heft: 6

Artikel: Oesterreich und das Schicksal Europas

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353243

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 6 Juni 1946 38. Jahrgang

Oesterreich und das Schicksal Europas

Ohne damit ein politisches Werturteil fällen zu wollen, darf man wohl sagen, dass Oesterreich von der Geburt eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls an bis zum heutigen Tag im Mittelpunkt des Schicksals Europas gestanden und sein Los weitgehend bestimmt hat: Von jenem 15. Juli 1683 ab, wo sich die verschiedenartigsten Soldaten und Kriegsführer Europas unter den Mauern Wiens sammelten und in der langen Reihe der Türkenkriege den entscheidenden Schlag für den Schutz des Abendlandes schlugen, bis zu der von Napoleon erzwungenen Preisgabe der Krone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch Franz I. im Jahre 1806. Vom Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914, das den ersten Weltkrieg einleitete, bis zum Zusammenbruch der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie am 11. November 1918. Vom Zusammenbruch der Wiener Kreditanstalt, der die grosse Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre einleitete, bis zum 13. März 1938, als Hitler mit seiner Wehrmacht in Wien einmarschierte und einen Anfang machte mit der Verwirklichung seines « tausendjährigen » Grossdeutschen Reiches. Vom Einmarsch der Russen in Wien am 9. April 1945 bis zum Augenblick, wo der britische Aussenminister Bevin am 4. Juni dieses Jahres vor dem Unterhaus die bedeutungsvolle Erklärung abgegeben hat: « Nichts wird grössere Zuversicht auf den Frieden auslösen, als wenn die Sowjetunion sich bei der nächsten Sitzung des Aussenministerrates in Paris bereit und gewillt zeigt, das österreichische Problem gemeinsam mit den Problemen Italien und Donau zu regeln ».

Wenn der Balkan während Jahrhunderten das Pulverfass Europas gewesen ist, sind in Wien die mannigfachsten Zündhölzer dazu hergestellt worden. Sie sind nicht immer nur für dieses eine Pulverfass bestimmt gewesen. Das Haus Habsburg ist, bevor es diesen

zweifelhaften Ruhm ohne grossen Kampf an Preussen abgetreten hat, der grosse Spieler oder Gegenspieler aller politischen und dynastischen Händel Europas gewesen. Seine Ausschaltung war deshalb das grosse Ziel all jener, die an diesen Händeln mitbeteiligt waren. Der Kampf gegen das Haus Habsburg wurde zu einer so eingefleischten und denkfaulen Tradition der um die Vorherrschaft ringenden Mächte, dass man noch kräftig auf den in Zersetzung und Selbstpreisgabe befindlichen Körper dieses seltsamen Staatengebildes einhieb, als er eigentlich bereits tot war und den gegen Oesterreich-Ungarn kämpfenden Mächten bereits ein schlimmerer und stärkerer Bruder fest im Nacken sass: Preussen, bzw. Brandenburg, diese andere der beiden « Marken », die « im frühen Mittelalter zum Schutz des Sacrum Imperium Romanum Nationis Germanicae gegen Slaven und Ungarn gegründet wurden » und sich, wie es ebenfalls in den Geschichtsbüchern heisst, « zu kriegerischen Staaten entwickelten ».

Wenn heute die Deutung des Ablaufs der Weltgeschichte immer wieder mit der billigen Feststellung vereinfacht wird, dass Preussen an allem schuld sei, so müsste gerechterweise auch jedesmal beigefügt werden, dass Preussen zu einem grossen Teil auch von jenen gemacht worden ist, die ihm heute alle Schuld zuschieben (welche Feststellung übrigens seine Schuld nicht verkleinern soll!).

Trotzdem nach den frederizianischen Kriegen im 18. Jahrhundert ein Blinder sehen musste, wohin der preussische Hase zu laufen sich anschickte, wurde Preussen durch den Wiener Kongress die seit Jahrhunderten Oesterreich zugebilligte « Wacht am Rhein », d. h. grosse Teile der Rheinlande, übertragen und ihm damit bis zum heutigen Tage die auf die ganze Welt gerichtete Pistole der fortgesetzten Bedrohung des Weltfriedens in die Hand gedrückt. Es folgte der Krieg Preussens gegen Oesterreich im Jahre 1866 und der warnende Vertrag von Prag, in dem das von allen verlassene Oesterreich die schicksalsschwere Bedingung unterschreiben musste, dass der österreichische Kaiser die Auflösung des -- übrigens gar nicht für den Krieg organisierten — Deutschen Bundes in seiner früheren Form einwilligt und seine Zustimmung gibt für eine neue Organisation Deutschlands ohne die Teilnahme Oesterreichs.

Die Deutschen, bzw. ein sehr grosser Teil der Deutschen, können sich sogar darauf berufen, dass sie die Widersacher Deutschlands, die ihre Verblendung mit zwei Weltkriegen bezahlen mussten, schon sehr früh auf das grosse Verhängnis, d. h. das aufstrebende Preussen aufmerksam machten. Als im Jahre der « Revolution » von 1848 von der Nationalversammlung in Frankfurt endlos darüber diskutiert wurde, ob Preussen in Deutschland oder Deutschland in Preussen aufgehen sollte, als schliesslich die sogenannten « Kleindeutschen » und somit Preussen siegten und damit jene Rich-

tung, aus der dann letzten Endes die Idee des « Grossdeutschlands » der Nazis hervorging, war es nur eine knappe Zufallsmehrheit — Demokratie! —, die sich für diese verhängnisvolle Lösung aussprach. Sogar die Siege und die Volkstümlichkeit Friedrichs des Grossen und die grossen Erfolge Preussens in den Befreiungskriegen gegen Napoleon haben das Gefühl in den meisten Deutschen nicht auszulöschen vermocht, dass traditionell das damals bereits müde und weniger « dynamische » Oesterreich zur Vorherrschaft in Deutschland bestimmt war. Auch der linke Flügel der Revolutionäre von 1848 gehörte zu dieser Richtung. Da diese Leute der Linken aber im allgemeinen nationalistisch und zentralistisch dachten, hofften sie auf den Abfall der nicht deutschen Länder vom österreichischen Kaiserreich, worauf sich dann nach ihrer Ansicht der Anschluss Deutschösterreichs an Deutschland von selbst hätte ergeben sollen. Sogar ein führender Mann, der anderer Auffassung war, der bekannte Thüringer Julius Fröbel, hielt es nur deshalb für nötig, dass ein aus Deutschland, Polen und Ungarn, den südslavischen und walachischen Ländern zusammengesetzter Staatenbund gegründet werden müsse, dessen Bundeshauptstadt Wien werden sollte, weil sonst — das Argument entbehrt, von heute aus gesehen, der Pikanterie nicht — « Wien an die russische Grenze zu liegen käme ».

Wie die Geschichte weiter gegangen ist, wissen wir alle. Nach dem ersten Weltkrieg wurde aus atavistischen und Gründen traditioneller Abneigung die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie viel gründlicher vernichtet als der Feind Nr. 1: das Deutschland Preussens. Wenn wir dies feststellen, bekennen wir uns nicht etwa zu jenen Leuten, die die Zerschlagung der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie für den schwersten Fehler der damaligen Alliierten halten. Das Auseinanderfallen des österreichisch-ungarischen Staatengebildes war überfällig und durchaus zwangsläufig. Sein Zusammenbruch war im Rahmen des Aufkommens straffer Nationalstaaten — dieser üblen Krankheit der modernen Zeit — eine geschichtliche Notwendigkeit. Hingegen hätte — hierin liegt der kapitale Fehler und die grosse Sünde der Alliierten — dafür gesorgt werden müssen, dass nach der Zerschlagung des politischen Staatengebildes der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie im wohlverstandenen Interesse der neu entstandenen Staaten und im Interesse von uns allen, d. h. im Interesse des europäischen Gedankens, zwischen und über den Nachfolgestaaten ein lebensfähiges wirtschaftliches Ganzes geschaffen wird.

Schon Talleyrand, der in solchen Dingen gar nicht so zynisch war, wie ihn viele haben wollen, hat gesagt, die Donau-Monarchie müsste, wie der liebe Gott, erfunden werden, wenn sie nicht schon bestände. Auf unsere moderne, wirtschaftlich denkende

und handelnde Zeit übertragen, hätte dies heissen müssen, dass im Zuge der Durchführung der politischen Liquidation der Donaumonarchie eigentlich nur zwei Möglichkeiten in Frage kamen: Anschluss Oesterreichs an Deutschland oder Schaffung einer Donauföderation, deren Zentrum im Interesse des wirtschaftlichen Fortkommens Oesterreichs und im Hinblick auf die frühere Funktion Oesterreichs sehr wohl hätte Wien sein können. Wien und Oesterreich hätten weiterhin in sachlicher Weise jene Drehscheibe bleiben können, auf der sich in komplementärer, d. h. sich gegenseitig ergänzender Weise industrielle Güter von Westen nach Osten und landwirtschaftliche Produkte von Osten nach Westen bewegen. Wenn dies mit Bedacht und Umsicht gemacht worden wäre, hätte uns wahrscheinlich der zweite Weltkrieg erspart werden können, denn dessen Hauptursache war ja neben dem deutschen Expansionsdrang, der selber vor allem auch auf das Fehlen dieser Lösung zurückzuführen war, die durch die Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre entstandene Sachlage. Der Wechselverkehr zwischen West- und Osteuropa, d. h. das « zweiteilige Europa », das damals vom französischen Volkswirtschafter F. Delaisi in die Debatte geworfen und von den Gewerkschaften bejaht wurde, kam nicht zustande. Es waren hauptsächlich auch grosse finanzielle Mächte, die am Ueberseehandel interessiert waren, die diese organische europäische Lösung hintertrieben haben.

Wien, ein Kopf ohne Rumpf, verarmte. Oesterreich war auf Almosen des Völkerbundes und jener Mächte angewiesen, die glaubten, natürliche, auf Arbeit, d. h. auf Geben und Nehmen, begründete Lösungen dadurch vermeiden zu können, dass man das Opfer « aushält ». Auch die Völker des Balkans wurden mit « Politik » und allerlei « finanziellen Transaktionen » beschwichtigt. Bei vollen Scheunen mussten sie zum Teil sozusagen hungern. Dazu kam, dass die späteren Herren Oesterreichs und verschiedener Länder des Donaubereiches selber eine falsche und widersinnige Politik betrieben. Die andere Lösung, der Anschluss an Deutschland, bzw. die Zollunion, wurde, solange sie noch eine Lösung und ein Weg zur Erstarkung einer friedlichen deutschen Republik hätte sein können, aus « politischen » Gründen von den Alliierten als untragbar erachtet.

Da alles Künstliche nur so lange zusammenhält, als jemand für diesen Luxus, d. h. die Aufrechterhaltung der Fassade, hinter der schon alles am Zusammenbrechen ist, zahlt, konnte das Endresultat nicht ausbleiben. Eines Tages oder viel mehr während zwei tragischen Nachtsitzungen des österreichischen Parlaments platzte die Bombe und trat vor aller Welt klar zutage, dass die Wirtschaft der Donauländer während Jahren nur auf Grund von Geldern künstlich funktioniert hatte, die zum grössten Teil aus rein spekulativen

Gründen von Uebersee gekommen waren und den Weg über Oesterreich genommen hatten. Der Zusammenbruch der « prosperity for ever », der vorausgesagten ewigen guten Konjunktur in den USA und damit massive Rückzüge dieser Gelder — auch aus Deutschland! — brachten den Stein der Weltwirtschaftskrise und damit in entscheidender Weise die politische und wirtschaftliche Maschinerie des Nationalsozialismus ins Rollen, der, wenn auch auf dem Umweg über die Kanonen, jene Arbeit und jenen Absatz brachte, von dem man vorher zehn Jahre nur geredet hatte und die man bei einer richtigen und systematischen Organisierung der Wirtschaft Europas in friedlicher Weise hätte herbeiführen können.

Wie es heute steht, zeigen die nachstehenden Artikel von Martin Burckhardt mit aller Deutlichkeit. Oesterreich ist schlimmer daran als je, und die während Jahrzehnten vom internationalen Kapitalismus betrogenen Donauländer zeigen begreiflicherweise wenig Glauben gegenüber neuen Versprechungen von dieser Seite.

Jetzt, wo es sehr spät oder vielleicht bereits zu spät ist, fängt man in den höchsten Regionen der Herren, die das Schicksal Europas bestimmten und bestimmen, eifrig über Europa zu reden an. Churchill, der genau weiss, wie und weshalb es so weit gekommen ist, klagt heute darüber, dass die « russifizierte Zone » im Norden nicht an der Oder, sondern an der Elbe liege und dass dies « eine schreckliche Sachlage der europäischen Geschichte sei ». Man hätte vielleicht ein wenig früher an diese Gefahren denken sollen, und wir haben, was uns betrifft, sehr viel früher auf diesen eventuellen Ausgang des « herrlichen Sieges » aufmerksam gemacht. Wenn Churchill weiter sagt, es sei nicht nur ein Vorhang von der Ostsee bis zur Adria gelegt worden, sondern hinter diesem Vorhang lägen weite Gebiete mit den Hauptstädten Ost- und Mitteleuropas und viele alte Staaten und Völker, in welchen nahezu ein Drittel der europäischen Bevölkerung leben, so möchten wir beifügen, dass Vorhänge beiderseits gezogen werden und dass auf beiden Seiten dieser Vorhänge der Natur der Sache nach Misstrauen herrschen muss und so lange herrschen wird, als sich eben zwei Welten gegenüberstehen, die sich gar nicht anders als Feuer und Wasser vertragen können, nämlich die Welt des immer noch raffgierigen und skrupellosen Kapitalismus und die Welt der UdSSR, die gegenüber ihren westlichen Partnern logischerweise kein Vertrauen aufbringen kann und sich deshalb gegenüber ihnen sichern muss, auch wenn man dies als «roten Imperialismus» bezeichnet. Ausschlaggebend ist, auf welcher Seite des Vorhanges man den Krieg traditionell als die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln

betrachtet oder traditionell und aus innern Gründen dem Frieden das Wort redet und ihn als Eckpfeiler einer auf neuen Grundsätzen aufzurichtenden Welt bezeichnet.

Wird vielleicht ein friedliches Zusammenleben möglich sein, nachdem sich die UdSSR ein « Vorgelände » gesichert hat, das Europa in jene zwei Teile teilt, die durch die neuerdings viel erwähnte Linie von Stettin nach Triest markiert werden? Was würde in diesem Fall aus Europa werden? Wäre es überhaupt noch lebensfähig? Denn das zweiteilige Europa, von dem Delaisi redete, wäre gar nicht mehr vorhanden! Man denke nur an den Wegfall des Hauptpartners für landwirtschaftliche Produkte, des Balkans! Wir möchten diesen Wegfall mit einem einzigen kleinen Beispiel illustrieren, und zwar auf Grund von Angaben des Völkerbundes für das Jahr 1935 für den Bedarf an Grossvieh. Europa, das sich damals allerdings mit solchen vernünftigen planwirtschaftlichen Gedanken nicht befasste, sondern innerhalb und ausserhalb des Balkans lediglich « Politik » trieb, hatte in jenem Jahr 1 122 400 Stück Ueberschuss an Grossvieh, wovon 1 014 700 Stück innerhalb Europas und davon wieder 925 300 Stück innerhalb der zehn hochindustrialisierten Länder verbraucht, bzw. abgenommen wurden. Europa konnte sich somit auf diesem wichtigen Sektor selber genügen und hätte mit einiger Planung nur dafür zu sorgen brauchen, dass die restlichen Bestände abgesetzt werden können, ohne dass die Lieferländer miteinander in eine unnütze, kostspielige, zeitraubende und mörderische Konkurrenz treten. Zu diesen Lieferländern hätten vor allem auch die Balkanländer gehört, denn dort ergaben sich auf diesem und auf dem Gebiete anderer landwirtschaftlichen Produkte die grossen Ueberschüsse.

Wie wäre die Lage heute, wenn mit diesen Lieferungen des Balkans sowie auch des Ostens Deutschlands und anderer hinter dem Vorhang Stettin/Triest liegenden Gebiete nicht mehr gerechnet werden könnte? Würden die hochindustrialisierten Länder des anglo-amerikanischen Bereiches uns restlichen Europäern gestatten, jene landwirtschaftlichen Produkte, die wir nun nicht mehr aus dem Osten beziehen könnten und in ihrem Bereich zu beziehen hätten, mit Industrieprodukten zu bezahlen, oder würden sie uns nicht viel mehr Industrieprodukte liefern wollen, wie dies die Exportanstrengungen von dieser Seite heute bereits zeigen? Würden wir erst dann sehen, wie organisch sich die Wirtschaft in Europa früher hätte abspielen können?

Könnte man überhaupt noch von Europa als einem organischen Wirtschaftsfaktor reden, oder würden wir bestenfalls zu einer Art Hinterland und damit zur Kriegsgrenze und eventuell einmal zum Kriegsschauplatz des anglo-amerikanischen Bereichs?

Oder wird Europa — auch diese Möglichkeit muss in objektiver Weise in Betracht gezogen werden — zwangsläufig zum Hin-

terland der traditionell von Osten nach Westen marschierenden Weltgeschichte und damit zum Wirtschaftsgebiet von Völkern, deren Wirtschaft durch ein anderes und neues Prinzip getragen wird und die, rein wirtschaftlich gesehen, eher komplementär, d. h. sich gegenseitig ergänzend, gegenüber der restlichen europäischen Wirtschaft stehen, weil sie unsere industriellen Produkte mit landwirtschaftlichen Produkten oder Rohstoffen kompensieren könnten, wie dies im Europa vor dem zweiten Weltkrieg in Zusammenarbeit mit dem Balkan hätte geschehen können?

Wird Oesterreich, das heute wirtschaftlich ein unbeschriebenes Blatt ist, da sein Wirtschaftsapparat da- und dorthin « abtransportiert » worden ist und das auch politisch eine Sonderstellung einnimmt, wiederum das Zünglein an der Waage des europäischen Schicksals sein? Bevin hat darauf angedeutet, indem er sagte, dass nichts für den Frieden wichtiger wäre, als wenn das österreichische Problem zur Zufriedenheit aller gelöst werden könnte. Wenn er beigefügt hat, er könne die Behauptung, « dass die Sowjetunion das Recht braucht, für die Sowjetstreitkräfte in Europa Verbindungslinien mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn aufrechtzuerhalten, nicht annehmen », so muss man allerdings sagen, dass er sich nicht ganz klar darüber zu sein scheint, wie weit die Dinge im Balkan bereits gediehen sind. Bei der Behandlung dieser Probleme muss sehr viel Einsicht und Takt an den Tag gelegt werden, besonders auch im Hinblick darauf, dass der moralische Kredit der Westmächte bei den Donaustaaten nach all den Erfahrungen in der Zeit zwischen den beiden Kriegen nicht mehr sehr gross sein kann. Auf alle Fälle scheint uns plausibel, wenn Molotow in diesem Zusammenhang sagt:

> « Uebrigens ist die Frage des Handels und der Donauschiffahrt im Rate der Aussenminister schon verschiedene Male geprüft worden. Nach der Meinung der Sowjetdelegation ist es unmöglich, diese Frage ohne die Teilnahme der Donaustaaten zu prüfen und zu entscheiden, wenn man wirklich den Wunsch hat, die freundschaftlichen Beziehungen mit diesen Ländern zu entwickeln. Die Frage des Regimes der Donauschiffahrt ist in erster Linie die Angelegenheit der Donauländer selbst, und man kann sie nicht in Friedensverträgen lösen, die separat mit gewissen Donaustaaten abgeschlossen werden. Man kann es nicht als richtig bezeichnen, wenn gewisse Staaten, die nicht an der Donau liegen, sich das Recht anmassen, ihren Willen den Donaustaaten zu diktieren. Das gleiche gilt für ein Regime über die Donau, das die Interessen der Donaustaaten nicht berücksichtigt und im besonderen die der alliierten Donaustaaten (Tschechoslowakei, Jugoslawien) ».

Wenn die Alliierten wie in der Zeit während der beiden Weltkriege nicht das Ganze zu sehen vermögen oder weiterhin im alten Stile nur « Politik » machen wollen, so kann über den Ausgang ihrer Bestrebungen kein Zweifel bestehen. Sie müssen fehlschlagen. Die Alliierten müssen alles vermeiden, was dazu beitragen kann, dass Molotow Feststellungen zu machen hat, wie er sie kürzlich mit einigem Recht tatsächlich gemacht hat: « In dem Prozess der Vorbereitung der Friedensverträge hat sich eine Tendenz gezeigt, die für die durch den Krieg geschwächten Länder gefährlich ist. Auf der Seite des anglo-amerikanischen Kapitals ist nämlich die Tendenz in Erscheinung getreten, das Wirtschaftsleben der grossen und der kleinen Staaten seinem Einfluss zu unterwerfen und das, was man ‚wirtschaftliche Hilfe für diese Länder' nennt, in ein Instrument zur Verwirklichung seiner Ziele zu verwandeln. »

Die Befolgung der « exklusiven Machtpolitik », von der Bevin in seiner Rede vom 4. Juni gesprochen hat, muss in der Tat vermieden werden, und zwar von beiden Seiten: besonders aber von jener Seite, die zur Zeit « potential » mächtiger ist, und das ist sicherlich nicht die Sowjetunion. Nur dann bestehen einige Aussichten, dass die viel besprochene « Kluft zwischen Osten und Westen » vielleicht doch noch überbrückt werden kann, bei deren weiteren Vorhandensein, wie Bevin sagte, « der Friede nicht dauerhafter sein wird als der von 1918 ».

Wie schicksalhaft bei all diesen Entwicklungen wiederum die Rolle Oesterreichs ist, und wie sehr gerade im Falle Oesterreichs die « hohe Politik » bereits ihr gefährliches Spiel treibt, kann nachstehende Feststellung eines kapitalistischen Spezialisten zeigen, der bewusst oder unbewusst die Katze aus dem Sack lässt und damit beweist, wie sehr das Misstrauen seitens Russlands gerechtfertigt ist:

> « Oesterreich war der Prüfstein, an dem sich die Anpassungsfähigkeit Russlands erproben sollte. Die Mündigerklärung Oesterreichs forderte Byrnes nicht aus machtpolitischen oder gar militärischen Erwägungen, sondern weil Oesterreich als wirtschaftliche Expositur des industriellen Ausdehnungsdranges der Vereinigten Staaten besonders geeignet ist. Oesterreich kann durch ein permanentes amerikanisches Interesse nur gewinnen und endlich auf den Weg der Erholung gelangen, von Oesterreich lassen sich am reibungslosesten Verbindungsfäden nach Nord und Süd winden und wirtschaftliche Zusammenschlüsse vorbereiten, von denen das in Grossdimensionen denkende Amerika die Ueberwindung der Kriegsschäden und Kriegsverbrechen erhofft. »

Diese Feststellung wird in einem Artikel gemacht, der den Titel « Russland am Scheidewege » führt. Müssten sich nicht vielleicht

die Alliierten angesichts der Absichten, wie sie in dem zitierten Abschnitt zugegeben werden, auch ihrerseits fragen, ob sie nicht am Scheideweg stehen? Müssten sie sich nicht allmählich darüber klar werden, dass sich Pläne für Oesterreich und Südosteuropa nur verwirklichen lassen, wenn es nicht nur Pläne des « industriellen Ausdehnungsdranges », sondern solche der Zusammenarbeit und der tatsächlichen Hilfe sind? Auch die schönsten Lösungen der Konferenzen der Aussenminister und anderer Instanzen werden ohne solche Absichten nie wahrhafte Lösungen sein und Europa nicht dienen können.

R.

Das wirtschaftliche Chaos in Oesterreich

Von Martin Burckhardt.

Die nach dem ersten Weltkrieg erfolgte Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Staatengebildes war, politisch gesehen, überfällig und unvermeidbar. Sie entsprach dem Wunsche der in Frage kommenden Völker und der Logik der geschichtlichen Entwicklung. Sie hätte zum Aufbau Europas und zur Neutralisierung jener Kräfte beitragen können, die in die Richtung eines zweiten Weltkrieges trieben, wenn nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Konsequenzen gezogen worden, das heisst, wenn wirtschaftlich jene Donau-Föderation errichtet worden wäre, die Oesterreich hätte am Leben erhalten und den ganzen Balkan zum übrigen Europa in eine komplementäre (das heisst gegenseitig ergänzende) Beziehung hätte bringen können. Dieser Schritt ist von den siegreichen Westmächten unterlassen und zum Teil sogar hintertrieben worden. Wien und Oesterreich, ehemals Kopf und Hirn eines lebensfähigen wirtschaftlichen Gebildes, verkümmerten und verarmten. Der Weg für alle Lösungen der Verzweiflung, das heisst für Faschismus und Nationalsozialismus, war, europäisch gesehen, bereitet. Das Schicksal ging seinen Weg.

Wie stehen die Dinge heute? Die Lage ist, wenn dies überhaupt möglich und vorstellbar ist, noch schlimmer als nach dem letzten Krieg! Zu den alten ungelösten Schwierigkeiten gesellen sich — wie die nachstehenden Artikel eines in Wien lebenden und wirkenden österreichischen Gewerkschafters zeigen — ungezählte neue Schwierigkeiten. Werden sie um so schlimmere Folgen haben oder wird endlich hüben und drüben die Besinnung einsetzen?

R.

Nach der Besetzung Oesterreichs durch Nazideutschland wurde die österreichische Volkswirtschaft sofort einer durchgreifenden Aenderung ihrer Struktur unterworfen. Im Zusammenhang mit der deutschen Aufrüstung wurde auch Oesterreich in diesen Prozess eingegliedert und ausserdem mit aller Energie und allen Mitteln Oesterreichs Volkswirtschaft nazifiziert. Soweit die Besitzer der Betriebe nicht schon vorher Nationalsozialisten waren,